

## Rahmenvereinbarung Logistik

zwischen der

XXXX  
XXXXXX  
XXXXXX

(nachfolgend Auftragnehmer „AN“)

und der

**Deutsche Gesellschaft für  
Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH  
Dag-Hammarskjöld-Weg 1-5  
65760 Eschborn**

(nachfolgend Auftraggeberin „AG“)

Hinweis der Vergabestelle:

**Gelbe Markierung** = Angaben, die nach Abschluss des Vergabeverfahrens konsolidiert werden.

## Inhalt

1. Gegenstand des Vertrages; Rahmenvereinbarung .....	3
2. Bestandteile der Rahmenvereinbarung .....	3
3. Laufzeit und Höchstwert .....	3
4. Kündigung .....	4
5. Erteilung der Transportaufträge .....	4
6. Stornierung von Transportaufträgen .....	5
7. Angaben in Transportaufträgen .....	5
8. Leistungserbringung und Auftragsabwicklung .....	5
9. Kontrollen .....	5
10. Preise .....	6
11. Zuschläge .....	7
12. Vergütung .....	7
10. Eskalationsmaßnahmen .....	8
11. Haftung .....	9
12. Transportversicherung .....	9
13. Leistungshindernisse .....	9
14. Pfandrecht .....	10
15. Reklamation .....	10
16. Performance Review .....	10
17. Reporting .....	10
18. Werbung und Nennung als Referenzprojekt .....	10
19. Verhinderung von Terrorismusfinanzierung und Beachtung von Embargos .....	11
20. Verpflichtung in Bezug auf die Lieferkette .....	11
21. Allgemeine Vorschriften, Kündigungs- und Rücktrittsrechte .....	13

## 1. Gegenstand des Vertrages; Rahmenvereinbarung

- (1) Gegenstand der Rahmenvereinbarung sind Fixkostenspeditionsaufträge gemäß § 459 HGB, die im Folgenden als „Transportaufträge“ bezeichnet werden. Diese Rahmenvereinbarung regelt die Grundlagen der Zusammenarbeit zwischen AG und AN.
- (2) Der AN verpflichtet sich die im Transportauftrag genannten Güter der AG an den im Transportauftrag genannten Ort zu versenden. Der AN verpflichtet sich weiterhin die im Transportauftrag, insbesondere in dieser Rahmenvereinbarung und in der Leistungsbeschreibung aufgeführten weiteren Pflichten zu erfüllen.
- (3) Bei dem Vertrag handelt es sich um eine Rahmenvereinbarung gemäß § 21 VgV. Ansprüche auf Erbringung der Leistung und Vergütung dieser entstehen – unabhängig von der Zuschlagserteilung – ausschließlich nach einem in Textform (§ 126b BGB) erteilten Einzelabruf der AG. Zum Abruf berechtigt sind ausschließlich Mitarbeitende der AG aus der Abteilung E200 GIZ Global Logistics und von dieser hierzu in Textform (§ 126 BGBb) ausdrücklich ermächtigte Personen.
- (4) Die AG ist nicht verpflichtet, eine bestimmte Mindestmenge abzunehmen; aus dieser Rahmenvereinbarung ergibt sich insbesondere keine Mindestabnahmeverpflichtung. Die AG behält sich vor, Speditions- / Frachtaufträge auch an Dritte zu vergeben.

## 2. Bestandteile der Rahmenvereinbarung

- (1) Folgende Unterlagen sind Bestandteil dieses Vertrages und gelten bei Unstimmigkeiten zwischen den Parteien zur Auslegung in folgender Reihenfolge
  - a. Diese Rahmenvereinbarung
  - b. Der jeweilige Transportauftrag
  - c. Die A03\_GIZ-LogRV\_Leistungsbeschreibung
  - d. Die Preisblätter
    - B02\_GIZ-LogRV\_Preisblatt Luftfracht Export
    - B03\_GIZ-LogRV\_Preisblatt Seefracht Export
    - B04\_GIZ-LogRV\_Preisblatt LKW Export
    - B05\_GIZ-LogRV\_Preisblatt Import
  - e. Die A05\_GIZ-LogRV\_Allgemeinen Deutschen Spediteurbedingungen 2017
  - f. Der A06\_GIZ-LogRV\_Verhaltenskodex\_fuer\_AN\_der\_GIZ
  - g. Das Angebot des AN
- (2) Ergänzende oder abweichende Geschäftsbedingungen des AN gelten nur, soweit die AG diesen im Einzelfall ausdrücklich schriftlich zustimmt.

## 3. Laufzeit und Höchstwert

- (1) Die Laufzeit der Rahmenvereinbarung beginnt am 01.01.2027, spätestens jedoch mit Erteilung des Zuschlages. Die Vertragslaufzeit beträgt grundsätzlich vierundzwanzig (24) Monate bis zum 31.12.2028.

- (2) Es besteht die Option der zweimaligen (2) Verlängerung um jeweils zwölf (12) Monate. Die Rahmenvereinbarung verlängert sich automatisch um den entsprechenden Zeitraum, wenn nicht die AG die Vereinbarung unter Einhaltung einer Frist von drei Monaten zum jeweiligen Laufzeitende kündigt.
- (3) Die Rahmenvereinbarung endet spätestens zum 31.12.2030, ohne dass es einer Kündigung bedarf.
- (4) Der Höchstwert (netto) der Rahmenvereinbarung beträgt 4.200.000,00 EUR.

## **4. Kündigung**

- (1) Unbeschadet der Regelungen in Ziffer 3 haben die Parteien das Recht zur fristlosen Kündigung des Vertragsverhältnisses aus wichtigem Grund. Ein wichtiger Grund liegt u.a. vor, wenn
  - ein Vertragspartner gegen wesentliche Verpflichtungen aus dem Vertrag verstößt, oder
  - der AN den Bestimmungen dieses Vertrages zuwiderhandelt und trotz schriftlicher Abmahnung (per Einschreiben an die Geschäftsleitung), Abhilfe durch den AN nicht erfolgt ist, oder
  - über das Vermögen des Vertragspartners ein Insolvenz-, Konkurs-, Liquidations- oder vergleichbares Verfahren eröffnet wird, ein entsprechender Eröffnungsantrag mangels Masse abgewiesen wird, ein Liquidationsvergleich geschlossen wird, ein Restrukturierungsplan beschlossen wird oder eine vergleichbare Maßnahme in einer anderen Rechtsordnung erfolgt, oder
  - der AN zahlungsunfähig wird oder Zahlungseinstellungen vornimmt, oder
  - die Fortsetzung des Vertragsverhältnisses aus einem in der Person des Vertragspartners liegenden Grund unzumutbar wird.
- (2) Der AG stehen daneben die gesetzlichen Kündigungs- und Rücktrittsrechte uneingeschränkt zu.
- (3) Schadensersatzansprüche des AN infolge fristloser Kündigung oder Rücktritt der AG sind ausgeschlossen.
- (4) Eine Kündigung aus wichtigem Grund bedarf der Schriftform. Die Rechtzeitigkeit der Kündigung richtet sich nach dem Zugang bei dem Vertragspartner.

## **5. Erteilung der Transportaufträge**

- (1) Der AN erhält Transportaufträge per E-Mail.
- (2) Widerspricht der AN der Erteilung eines Transportauftrags durch die AG nicht innerhalb von einem (1) Werktag nach Erteilung des Transportauftrags, kommt der entsprechende Transportauftrag zustande. Die AG verzichtet auf den Zugang einer Annahmeerklärung des AN.

- (3) Der AN ist verpflichtet, nach Erhalt von Transportaufträgen, die per Luftfracht durchzuführen sind, zu prüfen, ob ein Transport per Kurier- / Express oder Paketdienste günstiger und möglich ist. Trifft dies zu, wird der AN die AG darüber informieren. Diese entscheidet dann darüber, ob der Transport per Kurier- / Express oder Paketdienst durchzuführen ist.

## **6. Stornierung von Transportaufträgen**

Transportaufträge können bis 48 Stunden vor der physischen Übernahme der Ware durch den AN seitens der AG ohne Entschädigung storniert werden.

## **7. Angaben in Transportaufträgen**

- (1) Abweichend von Ziffer 3.1 ADSp 2017 hat der AN alle nach Ziffer 3.1.1 und 3.1.5 ADSp 2017 erforderlichen Angaben (z.B. Kollidaten, Angaben zur Anzahl der Packstücke oder Art der Verpackung, zum Bruttogewicht und zu den Abmessungen / zu dem Volumen sowie zur Beschaffenheit oder zu den Eigenschaften der zu versendenden Güter) eigenständig aus den Transportaufträgen oder aus den vom Lieferanten der AG übersandten Dokumenten d zu ermitteln.
- (2) Gleiches gilt hinsichtlich der nach Ziffer 3.3 ADSp 2017 benötigten Angaben über wertvolles oder diebstahlsgefährdetes Gut. Benötigt der AN weitere Informationen, fordert er diese beim Lieferanten der AG an. Das Fehlen von Informationen hindert das Zustandekommen von Transportaufträgen nicht.

## **8. Leistungserbringung und Auftragsabwicklung**

- (1) Der AN erbringt sämtliche expeditionellen und logistischen Leistungen gemäß den in A03\_GIZ-LogRV\_Leistungsbeschreibung definierten Vorgaben.
- (2) Die in dem Dokument A03\_GIZ-LogRV\_Leistungsbeschreibung beschriebenen Prozesse, Fristen und Qualitätsanforderungen sind verbindlicher Bestandteil dieser Rahmenvereinbarung.
- (3) Der AN verpflichtet sich zur Einhaltung der in A03\_GIZ-LogRV\_Leistungsbeschreibung definierten Service Levels und Prozessvorgaben.  
Verstöße gegen diese Vorgaben gelten als Leistungsstörungen und berechtigen die AG, angemessene Maßnahmen zu ergreifen, insbesondere:
- Geltendmachung von gesetzlichen Schadensersatzansprüchen
  - Einleitung von Eskalationsmaßnahmen

## **9. Kontrollen**

Abweichend von Ziffer 7.2 Satz 2 ADSp 2017 ist der AN verpflichtet, sämtliche Unregelmäßigkeiten und Schäden — einschließlich solcher, die außerhalb von Schnittstellenkontrollen festgestellt werden — zu dokumentieren sowie ohne gesonderte

Aufforderung alle erforderlichen und zumutbaren Maßnahmen zur Sicherung der Ware und zur Schadensminderung zu ergreifen.

## 10. Preise

- (1) Der AN erhält für die Durchführung der Transportaufträge die in den Preisblättern festgelegten Vergütungen als Festpreise. Sämtliche Preise verstehen sich als Nettopreise ohne Umsatzsteuer. Die Festpreise gelten unabhängig vom konkret gewählten Beförderungsweg und bleiben auch bei Änderungen der Transport- oder Verbindungswege unverändert.
- (2) Ziffer 16.1 ADSp findet keine Anwendung. Die in den Preisblättern (B02 bis B05) festgelegten Preise umfassen sämtliche im Zusammenhang mit dem jeweiligen Transportauftrag zu erbringenden Leistungen. Sie gelten ausschließlich für Standardgüter (FAK – Freight All Kind) sowie – in den entsprechend ausgewiesenen Feldern – für Gefahrgut.
- (3) Darüberhinausgehende Ansprüche kann der AN nur geltend machen, sofern diese ausdrücklich in den Transportaufträgen oder in den vertraglichen Grundlagen, insbesondere in dieser Rahmenvereinbarung oder der A03\_GIZ-LogRV\_Leistungsbeschreibung, vorgesehen sind.
- (4) Alle angebotenen Preise sind grundsätzlich für ein (1) Jahr fest, gerechnet ab dem Datum des Inkrafttretens des Vertrages.
- (5) Eine Preisanpassung kann zweimal im Jahr jeweils zum 1. Januar und 1. Juli erfolgen, wenn der AN oder die AG einen Monat vorher ein Anpassungsverlangen per E-Mail in Textform geltend macht. Die Anpassung hat angemessen und marktüblich zu sein. Der die Anpassung begehrende Vertragspartner hat die Marktüblichkeit nachzuweisen; der schriftlichen Geltendmachung sind entsprechende Informationen aus anerkannten Medien (Fachzeitschriften, etc.) über die Preisentwicklung (z.B. Dieselmzuschlag – Lkw oder BAF – Seefracht) beizulegen. Ist kein einvernehmliches Übereinkommen zur Preisanpassung möglich, so wird eine Einigung über die Anrufung eines Schiedsgerichtes nach der Schiedsgerichtsordnung der deutschen Institution für Schiedsgerichtsbarkeit e. V. (DIS) sowie der IHK Frankfurt am Main unter Ausschluss des ordentlichen Rechtsweges endgültig herbeigeführt.
- (6) Für Seefracht gilt zudem zusätzlich:  
Als Grundlage der Bunkerpreise wird der IFO380 (RMG380 RMH380) Index Rotterdam von shipandbunker.com herangezogen. Dieser kann unter folgendem Link eingesehen werden: <https://shipandbunker.com/prices/emea/nwe/nl-rtm-rotterdam>  
Als Basiswert wird der durchschnittliche Wert des Monats Mai 2026 (Stand 26.5.2026) mit 690 USD/MT festgelegt. Die Überprüfung findet quartalsweise statt. Sollte der Quartals-Durchschnittswert gemäß dem genannten IFO380 Index um mehr als +/- 10 % zum Basiswert abweichen, so werden die BAF-Ausgangswerte um den errechneten Prozentsatz für die nächsten 3 Monate angepasst (erhöht bzw. reduziert).  
Die Erhöhung / Reduzierung wird zum 15. des Folgemonats fällig. Maßgeblich für die Abrechnung ist das „shipped on board“- Datum gemäß Bill of Lading.

- (7) Die Bundesrepublik Deutschland verlangt, dass im Rahmen ihrer Aufträge an die AG die Verordnung PR 30/53 über die Preise bei öffentlichen Aufträgen vom 21.11.1953 – Bundesanzeiger Nr. 244 vom 18.12.1953 – mit den Leitsätzen für die Preisermittlung aufgrund von Selbstkosten (LSP) auch bei mittelbaren Leistungen Anwendung findet. Damit unterliegen auch die von Unterauftragnehmern für die GIZ erbrachten Aufträge ggf. der Preisprüfung durch die zuständige Preisbehörde.

## 11. Zuschläge

- (1) Im Bereich der Luftfracht ist der AN berechtigt, der AG für den Hauptlauf (Flug) zusätzlich zu den vereinbarten Luftfrachtraten eine *Airfreight Surcharge* in Rechnung zu stellen. Maßgeblich für deren Höhe ist der zum Abflugdatum gültige Zuschlagssatz von Lufthansa Cargo. Das offizielle Schreiben über die jeweils gültige Surcharge von Lufthansa Cargo ist vom AN unverzüglich nach Erhalt an die E-Mail-Adresse [global-logistics@giz.de](mailto:global-logistics@giz.de) weiterzuleiten.
- (2) In der Seefracht ist der AN berechtigt folgende Zuschläge separat per Auslage und Beleg bei Bedarf in Rechnung zu stellen:
- Congestion Surcharge
  - War Risk Surcharge
  - Peak Season Surcharge

## 12. Vergütung

- (1) Die AG erhält vom AN über jeden Versandauftrag eine Rechnung. Diese ist innerhalb von 30 Tagen nach Erhalt der Rechnung und vollständiger Leistungserfüllung ohne Abzug zur Zahlung fällig. Ziffer 18.1 ADSp 2017 findet keine Anwendung.
- (2) Die Rechnung muss in Euro ausgewiesen sein. Ziffer 18.3 ADSp 2017 gilt nicht. Ferner muss die Rechnung die Transportauftragsnummer der AG (61xxx, 62xxx, 63xxx), die Bestellnummer der AG (45xxx) und die Projektnummer der AG ausweisen.
- (3) Der Rechnung für eine Exportversendung sind folgende Anlagen und Dokumente beizufügen:
- a. Ausfuhrbegleitdokuments (ABD)
  - b. Ausgangsvermerk
  - c. Beleg über Kurierdokumentenversand, sofern angefallen
  - d. Ablieferbeleg
  - e. Ausfuhrbescheinigung für Umsatzsteuerzwecke (weiße Spediteurbescheinigung)
  - f. Je nach Transportart:
    - i. AWB
    - ii. Bill of landing
    - iii. CMR (Kopie)
  - g. Kostenbelege bei Berechnung gemäß Auslage
- (4) Der Rechnung für eine Importabwicklung sind folgende Anlagen und Dokumente beizufügen:

A04\_V1\_GIZ-LogRV\_Rahmenvereinbarung Logistik  
Vergabeverfahren 7000007713 – Rahmenvereinbarung Logistik  
(Stand 27.05.2026)

---

- a. Steuerbescheid
  - b. Kopie aller Importpapiere (AWB, Zollrechnung, Packliste, etc.)
  - c. Kostenbelege bei Berechnung gemäß Auslage
- (5) Als Rechnungsadresse ist grundsätzlich die folgende Adresse zu verwenden:  
Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH  
Dag-Hammarskjöld-Weg 1-5  
65760 Eschborn
- (6) Der AN sendet einen Entwurf der Rechnung inklusive aller Anhänge an [global-logistics@giz.de](mailto:global-logistics@giz.de)
- Nach Prüfung und Freigabe durch die Logistikspezialisten der AG sendet der AN die Rechnung inkl. Anhänge (als separates Dokument) an [invoice\\_DE@giz.de](mailto:invoice_DE@giz.de).
- (7) Rechnungen sind grundsätzlich im Format „XRechnung“ bzw. CEN-konform (EN 16931-1) in der aktuellen Version einzureichen.
- XRechnungen sind einzeln per E-Mail an [invoice\\_DE@giz.de](mailto:invoice_DE@giz.de) an die GIZ zu übermitteln.
- XRechnungen sind unter Angabe der Leitweg-ID der GIZ „993-80072-52“ zu stellen.
- Der AN hält zudem folgende Vorgaben ein:
- a. Die Rechnung ist als E-Mail-Anhang an 1. Stelle anzufügen
  - b. nicht verschlüsselt
  - c. nicht passwortgeschützt
  - d. keine rechnungsrelevante Information im E-Mail Body
  - e. keine zusätzliche Zusendung von Kopien im Papierformat.
- (8) Der AN verpflichtet sich, eine mögliche Umsatzsteuerbefreiung in Anspruch zu nehmen. Wenn und soweit eine Lieferung oder Leistung umsatzsteuerpflichtig ist, muss der AN die Umsatzsteuer gesondert in der Rechnung ausweisen.

## 10. Eskalationsmaßnahmen

- (1) Werden die in dem Dokument A03\_GIZ-LogRV\_Leistungsbeschreibung definierten Service Levels und Prozessvorgaben nicht eingehalten oder treten wiederholt sonstige Leistungsstörungen auf, ist die AG berechtigt, ein Eskalationsverfahren einzuleiten.
- (2) Der AN ist verpflichtet, bei erkennbaren Störungen des Transportablaufs unverzüglich geeignete Maßnahmen zur Sicherstellung der termingerechten Lieferung einzuleiten und die AG aktiv zu informieren.
- (3) Die Eskalationsstufen sind wie folgt vorgesehen:
- Stufe 1: Operative Eskalation  
Der AN ist verpflichtet, innerhalb von 1 Werktag nach Aufforderung:
    - die Ursachen der Leistungsstörung darzulegen und
    - geeignete Abhilfemaßnahmen einzuleiten
  - Stufe 2: Management Eskalation



Sofern innerhalb von 5 Werktagen keine nachhaltige Verbesserung erzielt wird, erfolgt eine Eskalation auf Managementebene beider Parteien.

Der AN legt einen Maßnahmenplan vor, der mindestens enthält:

- Ursachenanalyse
- konkrete Maßnahmen
- Verantwortlichkeiten
- Zeitplan zur Umsetzung

Stufe 3: Sondermaßnahmen durch die AG

Bleibt die Leistung weiterhin mangelhaft oder werden Maßnahmen nicht umgesetzt, ist die AG berechtigt:

- Aufträge ganz oder teilweise anderweitig zu vergeben
- zusätzliche Kontroll- und Reportingpflichten festzulegen

- (4) Mehrkosten, die durch diese Maßnahmen entstehen, trägt der AN, soweit er die Leistungsstörung zu vertreten hat.
- (5) Bei schwerwiegenden Pflichtverletzungen (insbesondere wiederholte Service Level-Verstöße, erhebliche Verzögerungen oder Compliance-Verstöße) kann die AG unmittelbar in eine höhere Eskalationsstufe übergehen.
- (6) Weitergehende vertragliche oder gesetzliche Rechte der AG, insbesondere Schadensersatz- und Kündigungsrechte, bleiben unberührt.

## 11. Haftung

Der AN haftet für eigenes Verschulden und das Verschulden seiner Erfüllungsgehilfen. Der AN haftet auch für Schäden, die er oder seine Erfüllungsgehilfen nur gelegentlich der Auftragsdurchführung schuldhaft verursacht haben. Die Ziffern 22 bis 28 ADSp 2017 finden keine Anwendung.

## 12. Transportversicherung

Die AG hat eine Transportversicherung abgeschlossen. Der AN hat keine Versicherung des Gutes nach Ziffer 21 ADSp 2017 für Rechnung der AG einzudecken.

## 13. Leistungshindernisse

- (1) Bei Leistungshindernissen muss der AN in jedem Fall die AG unter Angabe von Gründen unverzüglich benachrichtigen und Weisungen der AG einholen. Ist ein sofortiges Handeln notwendig muss der AN unaufgefordert alle erforderlichen Maßnahmen zur Sicherung der Ware und zur Schadensminderung durchführen. Der AN kann in solchen Fällen Aufwendungsersatzansprüche geltend machen, wenn und soweit die gesetzlichen Vorschriften diese vorsehen. Ziffer 12.2 ADSp 2017 findet keine Anwendung.
- (2) Die AG haftet gegenüber dem AN für die Folgen öffentlich-rechtlicher Akte, nur, soweit diese in die Risikosphäre der AG fallen und der AN sie nicht zu vertreten hat.

## **14. Pfandrecht**

Ein Pfandrecht des AN an dem zu versendendem Gut wegen inkonnexer Forderungen besteht nicht. Ziffer 20 ADSp 2017 findet keine Anwendung.

## **15. Reklamation**

Reklamationen sind vom AN unverzüglich zu bearbeiten.

## **16. Performance Review**

- (1) Mit dem AN wird einmal (1) pro Quartal ein Performance-Review durchgeführt, in dem die erbrachten Leistungen sowie die Zusammenarbeit bewertet werden.
- (2) Die Organisation des jeweiligen Termins obliegt dem AN. Der Termin ist spätestens bis zum 15. Tag des auf das jeweilige Quartal folgenden Monats durchzuführen.
- (3) Der AN bereitet für das Meeting insbesondere folgende Inhalte vor:
  - Auswertung der Sendungsdaten,
  - Marktupdate zu Luft-, See- und Landfracht.
- (4) Des Weiteren wird die Performance und etwaige Herausforderungen diskutiert. Der AN stellt zudem durch ein geeignetes Non-Conformity-Management-System die Erfassung, Nachverfolgung und Behebung von Abweichungen sicher.

## **17. Reporting**

- (1) Der AN ist verpflichtet, eine Sendungsstatistik zu führen und diese der AG unaufgefordert quartalsweise spätestens bis zum 15. Kalendertag des dem jeweiligen Quartal folgenden Monats zu übermitteln. Die Sendungsstatistik ist auf Einzelsendungsbasis zu erstellen und hat sämtliche wesentlichen Kosten- und Leistungsbestandteile zu enthalten. Zur Verbesserung der Transparenz stellt der AN zusätzlich einen Report über die Sendungen einschließlich der jeweiligen Meilensteine bereit, der online abrufbar ist.
- (2) Darüber hinaus verpflichtet sich der AN, der AG einmal jährlich sowie auf Anfrage einen CO<sub>2</sub>-Report gemäß ISO 14083 oder gleichwertig auf Einzelsendungsbasis, differenziert nach Transportarten, zu übermitteln.

## **18. Werbung und Nennung als Referenzprojekt**

- (1) Es ist dem AN verboten, mit der vorliegenden Rahmenvereinbarung Werbung zu betreiben.
- (2) Der AN ist nur mit vorheriger schriftlicher Zustimmung der AG berechtigt, die Rahmenvereinbarung als Werbung oder Referenz bei der Bewerbung um andere Aufträge, auf der Website des AN o.ä. zu benennen.

## **19. Verhinderung von Terrorismusfinanzierung und Beachtung von Embargos**

Der AN stellt aus der Vergütung der AG keine finanziellen Mittel oder sonstige wirtschaftliche Ressourcen Dritten zur Verfügung, die auf einer Sanktionsliste der Vereinten Nationen und/oder der EU aufgeführt sind, und zwar weder direkt noch indirekt. Der AN darf im Rahmen der Vertragsdurchführung nur mit Dritten, die zuverlässig sind und für die kein gesetzliches Verbot zur Aufnahme von Vertrags- oder Geschäftsbeziehungen besteht, solche Beziehungen aufnehmen und/oder unterhalten. Des Weiteren hält der AN im Rahmen der Vertragsdurchführung Embargos und sonstige Handelsbeschränkungen der Vereinten Nationen, der EU oder der Bundesrepublik Deutschland ein.

Der AN informiert die AG auf eigene Veranlassung unverzüglich, wenn der AN, ein Mitglied ihrer geschäftsführenden und/oder sonstigen verwaltenden Organe, ihrer Gesellschafter\*innen und/oder ihrer Belegschaft auf einer Sanktionsliste der Vereinten Nationen oder der EU gelistet werden. Gleiches gilt, wenn sie Kenntnisse über ein Ereignis erlangt, welches zu einer solchen Listung führt. Der AN informiert die AG auf eigene Veranlassung unverzüglich über die Verletzung einer Bestimmung dieser Regelung. Die Verletzung berechtigt die AG dazu, ohne vorherige Fristsetzung vom Vertrag zurückzutreten bzw. diesen zu kündigen. Die Rechte der AG gemäß Ziffer 21 der Rahmenvereinbarung bleiben unberührt.

## **20. Verpflichtung in Bezug auf die Lieferkette**

### **(1) Verhaltenskodex für Auftragnehmer der GIZ**

Der AN gewährleistet, dass sie im Rahmen ihrer eigenen Geschäftstätigkeit im Einklang mit dem als Anlage zu dieser Rahmenvereinbarung beigefügten und Vertragsbestandteil gewordenen Verhaltenskodex für Auftragnehmer der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH („Verhaltenskodex“) handelt und sichert zu, dass sie bei Feststellung und Mitteilung eines menschenrechtlichen oder umweltbezogenen Risikos durch die AG die Vorgaben des Verhaltenskodex entlang der Lieferkette angemessen adressiert. Der AN ist verpflichtet, die AG von Ansprüchen Dritter freizustellen, die sich aus einem Verstoß gegen die Vorgaben des Verhaltenskodex ergeben, es sei denn, sie weist nach, dass sie den Verstoß nicht zu vertreten hat.

### **(2) Präventionsmaßnahmen**

Der AN hat geeignete und angemessene Maßnahmen zur Vorbeugung und zur Minimierung des Risikos eines Verstoßes gegen die Vorgaben des Verhaltenskodex zu ergreifen. Sollte die AG im Zuge der Vertragsdurchführung (neue) Risiken identifizieren, sind ergänzende Präventionsmaßnahmen zu ergreifen. Die AG hat das Recht, dem AN bestimmte Maßnahmen vorzugeben.

### **(3) Gewährung des Zugangs zum beschwerdeverfahren in der Lieferkette**

Der AN gewährleistet den ungehinderten Zugang der bei ihr angestellten Mitarbeitenden zu dem bei der AG eingerichteten Beschwerdeverfahren. Der AN unternimmt

insbesondere keine Handlungen, die den Zugang zum Beschwerdeverfahren behindern, versperren oder erschweren. Dies gilt auch für Hinweise auf Verletzungen menschenrechts- oder umweltbezogener Pflichten, die durch das Handeln einer mittelbaren zuliefernden Partei entstanden sind.

#### (4) Anlassbezogene Kontrollen

Die AG ist berechtigt, die Einhaltung der Vorgaben des Verhaltenskodex bei dem AN zu überprüfen, sofern Risiken hinsichtlich der Einhaltung identifiziert und dem AN mitgeteilt wurden. Die entsprechenden Kontrollmaßnahmen müssen unter Wahrung berechtigter Belange dem AN angemessen sein. Als Kontrollmaßnahmen kommen insbesondere in Betracht: Umfassende Auskunft, Vor-Ort-Kontrollen durch die AG oder beauftragte dritte Partei sowie eine verpflichtende Zertifizierung entlang anerkannter Standards. Sämtliche Kontrollmaßnahmen beschränken sich auf die Einhaltung menschenrechts- und umweltbezogener Erwartungen.

#### (5) Teilnahme an Schulungen

Sofern die AG Risiken hinsichtlich der Einhaltung des Verhaltenskodex feststellt, ist der AN auf Verlangen der AG zum Nachweis der Teilnahme an von der AG durchgeführten Schulungen und Weiterbildungen verpflichtet, deren Gegenstand die Einhaltung der menschenrechts- und umweltbezogenen Pflichten aus dem Verhaltenskodex und ihre angemessene Adressierung in der weiteren Lieferkette ist. Mit Zustimmung der AG ist die Teilnahme entbehrlich, sofern der AN schriftlich gegenüber der AG bestätigt, (i) die Vorgaben des Verhaltenskodex einzuhalten und (ii) nachweislich eigene Fortbildungen durchzuführen.

#### (6) Verpflichtungen zur Bereitstellung von Informationen und Dokumenten

Die AN ist verpflichtet, auf Anforderung Informationen und Dokumente zu beschaffen und zu übermitteln, die erforderlich sind, damit die AG alle sich aus der Vertragsbeziehung ergebenden regulatorischen Vorgaben erfüllen kann. Regulatorische Vorgaben in diesem Sinne können sich insbesondere, aber nicht ausschließlich, aus folgenden Regelungen ergeben:

- Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz (LkSG)
- EU-Chemikalienverordnung (REACH)

#### (7) Rechtsfolgen bei Verstößen gegen den Verhaltenskodex

Bei Verstößen des AN gegen die Verpflichtungen des Verhaltenskodex ist die AG berechtigt, die Vertragserfüllung auszusetzen oder nach ihrer Wahl vom Vertrag zurückzutreten oder diesen zu kündigen, wenn der Verstoß nicht nach angemessener Fristsetzung beseitigt wird. Handelt es sich um einen schwerwiegenden, andauernden oder sich wiederholenden Verstoß, ist die Fristsetzung entbehrlich. Bei Verstößen des AN gegen den Verhaltenskodex ist der AN zudem zum Schadenersatz verpflichtet, es sei denn, er weist nach, dass er den Verstoß nicht zu vertreten hat. Der Schadenersatz umfasst auch eine angemessene Entschädigung für Reputationsschäden. Die AG ist des Weiteren berechtigt, dem AN in Folge eines Verstoßes gegen den Verhaltenskodex zeitlich begrenzt auf die Dauer des Verstoßes und soweit angemessen von zukünftigen Wettbewerben auszuschließen.

## **21. Allgemeine Vorschriften, Kündigungs- und Rücktrittsrechte**

### **(1) Aufbewahrung von Unterlagen, Einsichtsrechte und Auskunftspflichten**

Auftragsbezogene Unterlagen sind von der AN zehn Jahre nach Abnahme der Leistung aufzubewahren und auf Verlangen der AG zur Einsichtnahme zu übergeben. Die AG kann darüber hinaus jederzeit den Stand und die Ergebnisse der Auftragsdurchführung prüfen. Die AN hat die dafür notwendigen Unterlagen bereitzuhalten und die erforderlichen Auskünfte zu erteilen. Die AN hat auf Verlangen der AG weiteren Stellen oder von der AG beauftragten Personen und Organisationen Auskunft zu geben sowie Prüfungen zu ermöglichen und verpflichtet sich bei einer Prüfung zur angemessenen Zusammenarbeit.

### **(2) Vertraulichkeit und Veröffentlichungen**

Sämtliche auftragsbezogenen Daten und sonstigen Informationen, die der AN im Zusammenhang mit diesem Vertrag bekannt werden, sind über die Vertragslaufzeit hinaus vertraulich zu behandeln. Eine Verwendung dieser Daten und Informationen zu eigenen Zwecken der AN ist unzulässig. Das gilt selbst dann, wenn diese Unterlagen oder Informationen nicht ausdrücklich als geheim oder vertraulich bezeichnet worden sind. Die Veröffentlichung von Unterlagen über den Vertragsgegenstand bedarf der vorherigen Zustimmung der AG in Textform. Bei einer kurzen Darstellung des Auftrages und des Tätigkeitsrahmens für die Öffentlichkeitsarbeit der AN ist die Zustimmung nicht erforderlich. Eine kurze Darstellung liegt vor bei Benennung des Auftragsinhaltes und der wesentlichen Ergebnisse. Die AN hat immer in geeigneter Weise zum Ausdruck zu bringen, dass seine Tätigkeit im Auftrag der AG erfolgt, und muss die Oberauftraggeber\*in und ggf. weitere Finanziere benennen. Die AG hat ihrerseits das Recht, die Unterlagen mit Namensangabe zu veröffentlichen; dies gilt auch dann, wenn das Vertragsverhältnis vorzeitig endet.

### **(3) Einsatz von Unterauftragnehmern**

Im Falle des Einsatzes von Unterauftragnehmern bleiben die Leistungspflichten der AN unberührt. Die AN verpflichtet die von ihr eingesetzten Unterauftragnehmer zur Einhaltung der für sie relevanten Bestimmungen dieses Vertrags.

### **(4) Abtretung**

Forderungen gegen die AG dürfen nur mit vorheriger Zustimmung der AG in Textform abgetreten werden.

### **(5) Anwendbares Recht und Gerichtsstand**

Auf den Vertrag und alle im Zusammenhang mit dem Vertrag stehenden Rechte und Pflichten findet das in der Bundesrepublik Deutschland geltende Recht mit Ausnahme des Übereinkommens der Vereinten Nationen über Verträge über den Internationalen Warenkauf vom 11. April 1980 oder anderer Regelungen im Sinne des Art. 3 Nr.2 EGBGB Anwendung.

Ausschließliche Gerichtsstände sind Bonn und Frankfurt am Main. Die AG kann die AN auch bei dem für den Sitz der AN zuständigen Gericht verklagen. Im Falle der Art. 31 und Art. 46, § 1 CIM gilt Frankfurt am Main abweichend von Satz 1 als zusätzlicher Gerichtsstand. Im Falle der Art. 39 CMR, 33 MÜ, 28 WA findet Satz 1 und 2 keine Anwendung.

Ziffer 30 ADSp 2017 findet keine Anwendung.

#### (6) Textform

Die Rahmenvereinbarung, Änderungen und Ergänzungen sowie alle wesentlichen Mitteilungen (einschließlich Bestellungen der AG) bedürfen der Textform, soweit die Parteien keine abweichende Regelung getroffen haben und gesetzlich keine strengere Form vorgeschrieben ist. Die Textform erfordert eine lesbare Erklärung auf einem dauerhaften Datenträger (z.B. Vergabeplattform der AG, E-Mail oder Fax), in der die Person des Erklärenden genannt ist.

#### (7) Teilnichtigkeit

Sollten einzelne Bestimmungen dieses Vertrages unwirksam oder undurchführbar sein oder werden, bleibt davon die Wirksamkeit des Vertrages im Übrigen unberührt. An die Stelle der unwirksamen oder undurchführbaren Bestimmung soll diejenige wirksame und durchführbare Regelung treten, deren Wirkungen der wirtschaftlichen Zielsetzung am nächsten kommen, die die Vertragsparteien mit der unwirksamen bzw. undurchführbaren Bestimmung verfolgt haben. Dies gilt entsprechend für den Fall, dass sich der Vertrag als lückenhaft erweist.

, den

Eschborn, den

Auftragnehmer

Auftraggeberin